

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 1.50 Pf., auswärts 1.80 Pf. Anzeigen unter Text 4.— Pf., auswärts 4.50 Pf. Familienanzeigen 0.70 Pf. Stellenangebote, Stellensuche, Vereins-, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.50 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 0.50 Pf., das letzte Wort 1.00 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Friedrichstraße 4/8 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3144
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Friedrichstraße 4/8, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstelle, St. Annenstraße 11, durch die Postämter, sowie durch alle Zusteller zu beziehen. Wöchentlich 3.50 Pf., monatlich 14.— Pf., vierteljährlich 42.— Pf., halbjährlich 84.— Pf., jährlich 168.— Pf.

Vor der Regierungs-Erklärung.

Soll Oberschlesien selbständig werden?

Durch die Rede des preussischen Ministerpräsidenten Genossen Braun auf dem Breslauer Messesest ist die Aussprache über das fernere Geschick des bei Deutschland verbleibenden Teils von Oberschlesien in lebhaften Gang gekommen. Und wenn wir das schlesisch-preussisch-deutsche Gesamtproblem auch nicht vom Standpunkt der höchsten Stelle in Preußen aus betrachten, glauben wir uns doch eins zu wissen mit dem übergroßen Teile der bei Deutschland verbleibenden Oberschlesier, wenn wir sagen, daß dieser Rest einen selbständigen Staat nicht mehr bilden kann. Daß wir Breslauer auf die enge Fühlung mit Oberschlesien angewiesen sind, mag hier ganz außer Acht bleiben, denn schließlich sind Landesgrenzen innerhalb des Deutschen Reiches nicht zur Trennung gezogen. Sie sollen die Verwaltung erleichtern und verlieren in dem Augenblick, wo sie zu einem Hemmnis der Beziehungen zwischen den verschiedenen Stämmen werden, vollkommen ihre Berechtigung. So hätte ein selbständiges ober-schlesisches Staatsgebilde auch nur dann einen Sinn, wenn sich dadurch die Verwaltung erleichtern und praktischer gestalten ließe.

Durch das Reichsgesetz vom 7. November 1920 wird bestimmt, daß innerhalb zweier Monate, nachdem die Gebietsbehörden die Verwaltung des zurzeit besetzten Gebiets wieder übernommen haben, in der preussischen Provinz Oberschlesien eine Abstimmung darüber stattfindet, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll. Die Reichsverfassung gibt die Möglichkeit solcher Abstimmungen, und wenn die Frage bejaht wird, so ist das Land einzurichten. Das Reichsgesetz wurde seinerzeit erlassen, um den Wünschen von Oberschlesiern entgegen zu kommen, die unter diesen Umständen bei Deutschland verbleiben wollten. Schon damals aber ging die Frage, ob nicht durch ein selbständiges Land Schlesien auch den ober-schlesischen Wünschen erheblich mehr gedient sei, als durch die Gewährung der Autonomie für einen so engen Bezirk. Inzwischen hat sich zwar die ober-schlesische Bevölkerung mit großer Mehrheit für ein Verbleiben bei Deutschland entschieden, aber wie dieser Volkswille von der Entente gemeriet wurde, ist bekannt. Wichtige ober-schlesische Gebiete müssen gegen ihren Willen an Polen abgetreten werden.

War nun schon die Autonomie für ganz Oberschlesien wegen des geringen Umfanges seines Gebiets ein fragliches Geschenk, so wäre sie es umso mehr für den nun bei Deutschland verbleibenden Rest. Etwas rentabler mag ja die Kleinstaaterei immerhin noch sein, als früher, wo jeder kleine Staat auch seinen in jeder Hinsicht „teuren“ Landesherren erhalten mußte. Auch auf einen besonderen Staatspräsidenten könnte und würde Oberschlesien verzichten. Immerhin bedürfte es eines Staatsministeriums, eines Landtages, und einer Vertretung im Reichsrat, die das kleine Land ganz wesentlich stärker belasten müßten, wie es als Teil eines großen Staates belastet ist. In der Reihe der deutschen Bundesstaaten käme Oberschlesien an sechster Stelle. Mit 9860 Quadratkilometer Fläche, 1 320 000 Einwohnern, würde es hinter Baden rangieren, das 15 000 Quadratkilometer umfaßt und 2 142 000 Einwohner zählt. Dabei gehörten die Kreise Falkenberg, Grottkau, Neustadt und Neisse mit zu Oberschlesien, obwohl sie wirtschaftlich mit dem Industriegebiet viel weniger eng verbunden sind, als etwa unsere schlesische Provinzialhauptstadt Breslau, und ihrerseits sogar mit Breslau enger verbunden sind, als mit dem Industriebezirk.

Die Autonomiefrage ist von vielen maßgebenden Persönlichkeiten Oberschlesiens bereits eingehend studiert, und auf Grund eines solchen Studiums ablehnend beantwortet worden. Oberbürgermeister Werner aus Königshütte kommt in der „Schlesischen Volkszeitung“ zu dem Ergebnis, daß der Oberschlesier als Preuze durch die Kosten einer Provinz Oberschlesien mit 42,54 Mark Steuern belastet wird, daß er aber als Bundesstaatsler 243,93 Mark, also den sechsfachen Betrag für den gleichen Zweck aufbringen müßte. Der Bundesstaat Oberschlesien würde ein jährliches Defizit von 322 Millionen Mark zu decken haben. Uns liegt die Arbeit eines anderen Oberschlesiers in amtlicher Stellung vor, der vorläufig noch nicht genannt sein will. Er schlägt das zu deckende Defizit auf 320 Millionen Mark und somit die von jedem Oberschlesier zu zahlende Steuer auf 241,66 Mark, wobei

er glaubt, die Einnahmen eher zu hoch, die Ausgaben aber wahrscheinlich viel zu niedrig angesetzt zu haben. Die Schätzung stimmt also ziemlich genau mit der vorerwähnten überein. Er kommt deshalb zu dem Schluß, daß die Oberschlesier in der Autonomiefrage mit „Nein“ stimmen müßten.

Wir schließen uns dem vollkommen an, und ohne den Beschlüssen der Breslauer Karfreitag-Konferenz unserer Partei irgendwie vorgreifen zu wollen, glauben wir, daß auch sie kaum zu einem anderen Ergebnis kommen wird. Unsere ober- und niederschlesischen Genossen werden in dieser Frage nach sachlichen Gesichtspunkten entscheiden, vielleicht auch nach Gesichtspunkten, die wir hier noch nicht erwähnten, und unsere ober-schlesischen Genossen werden das ganze Gewicht ihrer Stimmen entsprechend in die Waagschale werfen.

Die Frage, ob Preußen in seiner heutigen Form fortbestehen soll, oder ob der Reichseinheit Konzeptionen zu machen sind, ist damit garnicht berührt. Wir sind nicht für ein Aktoria bei Preußen, wo die Groß-Hamburg-Frage etwas anderes verlangt, und wir betonen auch, daß wir in Breslau vom Verwaltungspunkt aus mit Oberschlesien viel enger verwachsen sind, als mit Berlin. Innerhalb der deutschen Republik müssen alle Fragen so praktisch wie möglich gelöst werden.

Besprechungen vor der Regierungserklärung

Der Reichsanzler empfing am Montag, nachmittags 3 Uhr, die Ministerpräsidenten der Länder, um 4 1/2 Uhr die Vertreter der Parteien des Steuerkompromisses, später auch Vertreter anderer Parteien. Dr. Wirth legte in kurzen Zügen die Gebanengebänge dar, die den Inhalt der Regierungserklärung am Dienstag bilden werden, die er selbst im Reichstag abzugeben gedenkt. Die Ministerpräsidenten billigten die Erklärungen des Reichsanzlers; die Parteien des Steuerkompromisses führten keine Debatte über die Darlegungen Dr. Wirths — nach dem Reichsanzler werden am Dienstag sofort — falls nicht von der äußersten Rechten oder der äußersten Linken Pause oder Vertagung beantragt wird — die Vertreter der Parteien zu Wort kommen. Ob später auch der Außenminister Dr. Rathenau sprechen wird, hängt von dem Verlauf der Debatte ab. Für die sozialdemokratische Fraktion spricht der Genosse Stämpfer.

In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß der Reichsanzler die Finanzkontrolle in dem geforderten Rahmen für unmöglich erklärt wird. Weiter wird Dr. Wirth darauf hinweisen, daß es unmöglich ist, die geforderten 60 Milliarden neue Steuern in dem angegebenen Zeitraum aufzubringen, andererseits jedoch jede Möglichkeit zu neuen Verhandlungen offen lassen.

Nach den Besprechungen mit den Ministerpräsidenten und den Vertretern der Koalitionsparteien empfing der Reichsanzler die unabhängigen Abg. Dr. Reichscheid und Dittmann, anschließend die Vertreter der Deutschnationalen Hergt und Schulte-Brömberg.

Höchste Sparjamkeit bei der Eisenbahn.

Die Eisenbahn-Hauptwerkstätten sollen von der Betriebsverwaltung gelondert und als Einzelbetriebe geleitet werden. Der gesamte Werksbetrieb soll nach den Grundsätzen wissenschaftlicher Betriebsführung umgestellt werden. Die Ausbesserungen — bisher handwerksmäßig betrieben — sollen fabrikationsmäßig vorgenommen werden. Zu diesem Zweck soll ein Vorrat- und Austauschbau, eine Sonderung der Fertigungsarbeiten und eine Normalisierung und Typisierung der Fahrzeugteile eingeführt werden. Die Ausbesserung der einzelnen Fahrzeugteile soll in Zukunft ganz allgemein für die gleichen und bauelementen Fahrzeuggruppen stattfinden, während bisher das reparaturbedürftige Fahrzeug als Einzelwesen behandelt wurde. Die Sonderung in der Fertigung besteht in der Sonderung der Fahrzeuge und Fahrzeuggruppen bei der Zusammenbau an die Unterhaltungswerkstätten in der Sonderung in der Werkstatt selbst, damit die Ausbesserungsgruppen und Einzelarbeiter möglichst zu Spezialisten entwidelt werden und in der Sonderung in der Werkstatt, wodurch alle gleichartigen Arbeiten in der Werkstatt weitgehendst spezialisiert und beschleunigt fertiggestellt werden können. Die Reorganisation des Werkstättenbetriebes erfolgt unter Mitwirkung der Industrie, der Beamten und Arbeiter.

Die kamerale Buchführung ist bereits durch die doppelte Buchführung ersetzt worden. Außerdem wurde die Selbstkostenberechnung eingeführt, die die Ausbesserungswerte in die Lage versetzt, ihre Arbeiten zu festen Preisen zu übernehmen, während die Betriebsverwaltung ihrerseits richtige Voraussetzungen für die Unterhaltung ihrer Fahrzeuge aufstellen kann. Die Ausbesserungswerte sollen aus dem Rahmen der einzelnen Betriebsverwaltungen herausgenommen und die in gleichartigen Wirtschaftsbereichen liegenden Ausbesserungswerte in besonderen Abteilungen zusammengefaßt werden. Die oberste Betriebsführung bleibt dem Reichsverkehrsministerium vorbehalten.

Vom Patriotismus der oberen Zehntausend

Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Oberschlesien, daß Generaldirektor Hilger von der Königs- und Laurabütte, der vor einigen Tagen aus dem Berg- und Hüttenmännischen Verein ausgetreten ist, sich an den Verband der polnischen Eisenhüttenwerke in Warschau gewandt haben soll mit der Bitte um Aufnahme in die polnisch-industrielle Organisation. Auf dieses Ansuchen soll ihm eine Abgabe seitens des Warschauer Verbandes erteilt worden sein.

Der Kredit der Republik.

Die Nerven sind schon etwas besser geworden. Wenn bei früheren Anlässen eine Reparationskommission oder ja ein Oberster Rat oder irgend eine andere Vermummung plötzlich hinter dem Busch auftauchte und: „Geld oder Leben!“ schrie, dann war die Panik und Bestürzung immer recht groß. Bei den einen Zähnegeklapper, bei den anderen rabiates Gebrüll. Das Knaden mit dem Revolver verliert allmählich seine Wirkung. Damit ist nicht gesagt, daß diese Ueberfallmannen eine harmlose Sache sind. Als im Verlauf der letzten Woche die Reparationsnote wie ein Blitz in die Steuerberatungen des Reichstages fuhr, gab es vom ersten Augenblick an nicht den geringsten Zweifel darüber, daß Deutschland durchaus nicht zu allen Hirngespinnsten der Entente Ja und Amen sagen wird. Das Nein lag auf allen Lippen.

Für gewöhnlich ist das Ja leichter als das Nein, wenn einem die Pistole auf die Brust gesetzt wird. In unserem Fall ist es umgekehrt. Vor der Wundung der Pistole der Reparationsnote ist das Nein leichter. Neue 60 Milliarden? Nein. Eingriffsrecht in die Finanzhoheit des Deutschen Reiches? Nein.

Aber das Nein ist keine Lösung. Es ist nur ein Teil der Antwort. Diese Antwort soll das Wort — nicht des guten Michels, sondern des guten Willens sein.

Die Politik des guten Willens spricht von einem neuen Sparjamtem: Abstreichungen am Etat, Abbau bei Post und Eisenbahn, Abbau der Kultur, Stillstand in der Sozialpolitik. Und weil man gerade zwischen der zweiten und dritten Lesung der großen Steuervorlagen steht, auch noch ein bißchen Anzeichen der verschiedenen Steuer-schrauben.

Mit diesen Dingen kann man ja vielleicht auf vereinzelte sentimentale Gemüter im Kreise der Entente-staatsmänner Eindruck machen, aber diese Edelmutsgeste ist keine Lösung.

Lösung? Wer spricht von Lösung? Amerika? Was sind Hoffnungen, was sind Pläne!

Nicht das Ja zu irgend einem Sparjamtem, nicht der Verzicht auf Kultur, das Ja zu uns selbst, der Glaube an uns selbst, das ist ein erster Anfang.

Sei ganz du selbst! Es wird allmählich Zeit, daß die deutsche Republik bei Thien ein bißchen in die Schule geht. Erst müssen wir uns selbst helfen, bevor wir auf fremde Hilfe rechnen dürfen. Die materiellen Probleme können wir nicht ohne fremde Hilfe lösen. Aber vor der Lösung der materiellen Probleme liegt die Lösung des moralischen Problems und das müssen wir allein lösen. Da kann uns niemand helfen. Erst muß der Glaube an das neue Deutschland eine feste und sichere Sache sein, sicher und sichtbar wie ein Grundstück oder ein gut gebautes Haus, dann wird die Welt auf diesen Glauben Kredit geben. Die „Kreuzzeitung“ bringt in einem Artikel „Kann Deutschland auf fremde Hilfe rechnen?“ einige recht interessante Sätze aus dem Urteil des Studienkomitees der „Nationalen Handelskammer der Vereinigten Staaten“ über die Lage Deutschlands. Es heißt da, daß Deutschland nicht bezahlen kann ohne gewaltige Steigerung der Produktion, daß diese Steigerung nicht möglich ist ohne Steigerung der Einfuhr der Rohmaterialien, daß diese Einfuhr nicht möglich ist ohne Kredit. Dann heißt es wörtlich:

„Weitgehende finanzielle Unterstützung wird Deutschland von anderen Ländern nicht in der erforderlichen Höhe gewährt werden, wenn es nicht seinen Wiederaufbau friedlich verfolgen kann und wenn nicht die Ueberzeugung vorhanden ist, daß eine starke zentrale Regierung in der deutschen Republik erhalten bleibt. Da dauernd die Merkmale eines Zusammenbruchs und die einer Zerteilung des Reiches vorhanden sind, wird es für Deutschland unmöglich sein, genügende finanzielle Unterstützung zu erhalten.“

Der Artikel der „Kreuzzeitung“: „Wo sind die Symptome für den Zusammenbruch der Republik und die Zerteilung des Reiches?“ fragt nun: Die Frage ist einfach und klar, weniger klar ist die Antwort. Das Komitee der Handelskammer sucht die französische Furcht vor einer deutschen Revanche zu rechtfertigen. Die deutsch-feindliche Geminnung dieses Komitees genügt aber unseres Erachtens keineswegs zur Erklärung für diesen Rechtfertigungsversuch zugunsten der Franzosen. Unsere deutschen Nationalisten verfahren nach einer ganz anderen Methode wie die französischen Nationalisten nach 1870. Deren Parole lautete: Nie davon reden, immer daran denken. Die deutschen Nationalisten machen es umgekehrt. Und dann: Wer hat den Franzosen immer wieder neue Hoffnungen auf die Zerteilung der deutschen Ein-

heiß gemacht? Die famose bayerische Politik, die das Wohlgefallen der Deutschnationalen fand. Politik der Bürgerblöcke, Kampf gegen die Reichsverfassung, Monarchistische Propaganda, Aufruf zum Steuerstreik, alles Aktionen, um eine „starke zentrale Regierung der deutschen Republik“ zu schaffen, nicht wahr?

Eine starke, republikanische Republik ist Deutschlands Kredit. Und weil Herr Hufschang von der „Täglichen Rundschau“ so etwas in der „Kreuzzeitung“ lesen mußte, setzte er sich schnell hin und schrieb eine Jeremiade über den „Maulkorb“, der demnächst durch eine Anpassung des Strafrechts an das Verfassungsrecht den Räterepublikern angehängt werden soll, die die Republik öffentlich beschimpfen. Freilich, eine wirklich starke Republik braucht keine Maulkörbe für „bißige Hunde“. Aber Brutus schläft. Leider. W. St.

Zur USF-Krise.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Unter der zweispaltigen Überschrift „Was wir wollen“ teilt die Redaktion der „Freiheit“ in ihrer heutigen Morgenausgabe der Leser, die in Form einer Denkschrift gehaltenen politischen Grundzüge mit, die bisher für ihr Verhalten maßgebend waren. In Bezug auf den Konflikt sagt das Blatt in seiner Einleitung: „Es handelt sich um einen Gegensatz in der praktischen Anwendung der Parteigrundzüge, um einen Gegensatz in der Einschätzung der politischen Situation, die zu einer bestimmten tatsächlichen Einstellung führt.“

Punkt 1 der auch an den Zentralvorstand übermittelten Denkschrift befaßt sich mit dem Gemeindefreierstreik in Berlin, den die „Freiheit“ verurteilt, da der Streik gegen den Willen der Gewerkschaften und ohne Zustimmung der gesamten Arbeiterklasse inszeniert wurde. Während des Streiks sei es Aufgabe gewesen, auf eine möglichst schnelle Beendigung hinzuwirken, da durch eine Niederlage eine Stärkung der linken Kräfte und eine Schwächung der rechten Kräfte zu erwarten gewesen wäre. Trotz dieser vernünftigen Politik, trotz Anerkennung derselben durch die Prekominmission verurteilte aber dennoch der Zentralvorstand „aufschreiend“ die Politik der „Freiheit“.

„Kritikation oder Politik“ lautet der 2. Punkt. „Es handelt sich, so heißt es, wirklich um die Entscheidung, ob in der Partei der Standpunkt einer reinen Kritikation oder der einer Verantwortung für die gesamte Arbeiterbewegung über den Verzicht überwiegen soll.“ Sodann geht die Denkschrift auf den Vorwurf ein, daß die Redaktion der „Freiheit“ das Kabinett Wirth schon und nicht mit der genügenden Schärfe bekämpfte. Hierzu sagt die Redaktion in der Denkschrift: „Demgegenüber haben wir nicht einen Zweifel daran gelassen, daß für uns keine Veranlassung besteht, das gegenwärtige Kabinett unter allen Umständen zu erhalten. Für uns kann nur entscheidend sein, ob durch einen Sturz des Kabinetts den Interessen der Arbeiterklasse und der jeweiligen politischen Situation Nutzen oder Schaden gebracht wird. Dabei ist für uns allerdings die außerpolitische Lage von großer Bedeutung. Die deutsche Arbeiterklasse hat alles Interesse daran, daß die Politik Woincarés nicht in der gegenwärtigen außerordentlich kritischen Zeit zum Siege gelangt, denn dadurch würden die materiellen Verluste Deutschlands, d. h. aber auch die Belastung der deutschen Arbeiterklasse vergrößert und die Gefahr neuer gewalttätiger Erschütterungen heraufbeschworen werden.“

Zum Schluß dieses Kapitels heißt es, daß in Bezug auf die in der Politik auch eine rechtsgerichtete Regierung keine besondere Gefahr bedeutet, wenn ihr die gesamte Arbeiterklasse in geschlossener Position gegenübersteht.

Das dritte Kapitel umfaßt die Steuerfrage. Offen erkennt die „Freiheit“ an, daß das wichtigste Interesse der Arbeiterklasse bezüglich der Steuern die Herabsetzung des Gleichgewichts im Staatshaushalt ist, damit der Bankrott zum Stillstand kommt und so der fortwährenden Verminderung der Kaufkraft des Lohnes Einhalt getan wird. Die „Freiheit“ macht sich hiermit also Grundzüge zu eigen, die für das Verhalten der Sozialdemokratie bei der Steuerberatung die erste Grundlage bilden. Wörtlich heißt es unter anderem in dem Kapitel zur Steuerfrage: „Mit direkten Steuern allein läßt sich das Defizit der letzten Jahre nicht beheben. Auch die Erhöhung der Sachwerte, so unumstößlich sie ist und bleibt, würde das Defizit allein nicht beheben können. Die Erhöhung durch indirekte Steuern ist aber ökonomisch deshalb vertretbar, weil durch die Beibehaltung des Defizits die Kaufkraft des Lohnes sinkt und damit die Belastung durch indirekte Steuern ausgedehnt werden. Unsere Ablehnung aller indirekten Steuern zwingt die Regierung, die auf alle Fälle das Defizit decken muß, zu dem Verzicht, sich nach rechts eine Majorität zu sichern und gibt der deutschen Volkspartei erst die Möglichkeit zu ihren Erpressungen.“ Der Schluß dieses Kapitels erhebt dann Beschwerde über die falsche Interpretation der Leipziger Parteitagsschlüsse und sagt: „Wir brauchen eine beweglichere Taktik, die nicht von vornherein aus die Möglichkeit herabzieht, in dieser entscheidenden Frage die Führung in die Hand zu bekommen.“ Das vorletzte Kapitel ist der Koalitionsfrage gewidmet. Auch hier nimmt die „Freiheit“ einen Standpunkt

ein, der sich erfreulicherweise dem unserer Partei wesentlich nähert, unter anderem heißt es, daß es Situationen geben kann, in denen die proletarischen Interessen eine Zeit lang durch Beteiligung an einer Regierung, auch wenn sie nicht rein sozialistisch ist, wirksam vertreten werden können, eine Auffassung, die in weiten Kreisen der Partei vertreten wird. Wir halten es für notwendig, unsere Taktik so beweglich zu gestalten, daß wir nicht gezwungen sind, eine rechtssozialistische Koalitionsregierung unter Umständen zu kürzen, unter denen eine reaktionäre Regierung die alleinige Nutznieherin wäre. Den Schluß der Denkschrift bildet die Einigungsfrage, zu der die „Freiheit“ eine anerkennenswerte Haltung einnimmt.

Die Denkschrift wird von einer redaktionellen Anmerkung begleitet, in der es u. a. heißt: „In diesem Standpunkte halten wir auch heute fest, wo lediglich der mit sozialistischer Erkenntnis gepaarte politische Weltanschauung die deutsche Arbeiterbewegung von ihrer jetzigen Schwäche und Zerissenheit befreien kann.“

Kautsky gegen die USF-Zentrale.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Karl Kautsky veröffentlicht in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ ein Schreiben, das gegen die USF-Zentrale gerichtet ist, nachdem die Redaktion der „Freiheit“ aus erklärlichen Gründen eine Veröffentlichung der Zuschrift unter den augenblicklichen Umständen ablehnen mußte. Die Zuschrift wendet sich hauptsächlich gegen den letzten Vereinigungsausschuss mit der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, dessen Infanz bekanntlich von der Vereinigung herab fallen Ende März oder mit schließlichen Würfen gegen die Sozialdemokratische Partei ausgefallen. Kautsky schreibt deshalb in seinem Brief: „Euer Aufruf, der als Einigungsschritt beginnt, klingt also in einen Kriegsruf gegen die USF aus. Ihr drückt einige Dutzend kommunistische Parteimitglieder an Euer Herz und verleiht gleichzeitig die Kraft, die die USF von den Millionen deutscher Parteimitglieder in der SPD trennt. Damit legt ihr Euer Politik die Krone auf, die schon seit geraumer Zeit die Einigung der deutschen Sozialisten hemmt. Ihr mit Eurer Inhabung seid dadurch die hauptsächlichsten geworden an dem Fortdauern der Spaltung und damit der Schwächung des deutschen Proletariats, an einer verwickelten Situation, in der nur enger Zusammenhalt Euch retten kann.“

Ich fühle mich veranlaßt, vor der Öffentlichkeit gegen den Aufruf der Zentraleitung der USF, härtesten Protest einzulegen.“

Aus dem Landtag.

Der preussische Landtag führte am Montag die Besprechung über den Haushalts der Forstverwaltung zu Ende. Einen sehr breiten Raum nahm in der Debatte die Holzverwertung durch den Fiskus ein. Eine Menge Wünsche wurden in bezug auf die Menge des Einkommens und die Art der Verkäufe vorgebracht. Das Verlangen, der Fiskus möge mit Rücksicht darauf, daß die ausländische Zufuhr nicht mehr wie im Frieden vorhanden ist, mehr Holz zur Verfügung stellen, ist begründet. Andererseits aber kann der Fiskus auch keinen Raum an den Wäldern treiben und muß daher seine Holzanschläge systematisch unter möglicher Schonung der Forstlands erhalten. Das ist in den letzten Jahren bereits geschehen. 1913 betrug die Hauptnutzung pro Hektar 2,28 Festmeter, 1921: 2,43 und 1922: 2,54 Festmeter. In Hand dieser Lasten konnte der Landwirtschafsminister die Besichtigungen, die insbesondere von der rechten Seite wegen der Holzverwertung laut wurden, leicht zurückweisen. Der Etat der Forstverwaltung wurde genehmigt, die Abkündigungen über die hauptsächlichsten Entwürfe wurden aber auf Donnerstag vertagt werden. Der Landtag nahm dann noch den Ausschlußbericht über die zweite Sitzung des Hausrats der Landwirtschaftlichen Verwaltung entgegen und vertagte sich dann auf Dienstag.

Für England gebaut.

Hamburg, 27. März. (Eigener Drahtbericht.) Das größte Schiff der Welt, der 56500 Tonnen große Turbinen-Schnelldampfer „Sismar“ aus der Imperatorgruppe, der auf der Hamburger Werft von Blohm & Voß gebaut wurde, wird Dienstag, den 28. März, elbabwärts gehen und Hamburg verlassen. Das Schiff, das einen Wert von 49 Millionen Goldmark oder 3 1/2 Milliarden Papiermark repräsentiert und mit allem erforderlichen Vergut ausgestattet ist, gehört zu den Schiffen, das laut Vereinbarung mit der Entente nach den ursprünglichen Plänen fertiggestellt war und in englischen Besitz übergeht. Die Fregatte war am Sonntag zu einer Probefahrt des Dampfers eingeladen, der 40000 Ballasttore fassen kann, und eine Mannschaft von 1000 Köpfen befragen wird. Die 45 Kessel des Dampfers werden mit Öl beheizt und zwar werden 800 Tonnen pro Tag gebraucht werden, was einer Summe von 4 Millionen entspricht. Das Schiff ist 290 Meter lang, 39,5 Meter breit und vom Kiel bis zur Masthöhe 76 Meter hoch. Innen machen die Räume 1 und 2 Kabinen, die lediglich geheizt wurden, den Einbruch eines Inzidenzfelds von amerikanischem Asmes. Es sind Tanker, eine Schwimmhalle, Sportplätze und veränderlich ausgestattete Wohnräume vorhanden. Das Schiff ist bereits vor Ausbruch des Krieges im Besitz des Kaisers vom Stapel gelaufen. Sein Bau war durch den Krieg unterbrochen und ist jetzt beendet. Das Schiff wird am Dienstag von Witte-Stare-Line in Cuxhaven übernommen und wird „Majestic“ genannt werden.

Das neue Karthago.

Von Georges Cehnoud.

39) (Nachdruck verboten.)

„Antwerpen wird sich moralisch wieder erheben“, wambie Bergmans ein. „Es wird das Joch abhütteln, das es erniedrigt. Es wird seinen wahren Kindern wiedergegeben werden. Du wirst leben, Paribael, der Anführer greift in den untersten Reihen um sich. Bald wird da etwas Neues erleben. Ein Hauch der Emancipation und der Jugend ist durch die Menge gezogen; hier gibt es mehr als eine schöne, stolze Stadt; es gibt ein nicht wenig interessantes Volk, das anfängt, sich aufzuheben gegen Randarten, die ihm höchste Dienste leisten und es kompromittieren.“

Die Prophezeiung Bergmans sollte schon bald in Erfüllung gehen. Seit geraumer Zeit war Elektrizität in der Luft. Die heftige Kantate Dapellous trug nicht wenig zu diesem Erwachen der Bevölkerung bei.

Als die Reichen die Initiative an einem Rabens-Jubiläum ergreifen hatten, hatten sie sich nicht auf eine solche Wirkung gefaßt gehalten.

Es geschah, daß die Kaiser der Renaissance die Erinnerung an die Führer jenes Jahrhunderts, Wilhelm von Schwaben, Heinrich von St. Albans, wieder wachriefen. Man holte jenes Spatmar, Geusen wieder hervor, das man den Patrioten zur Zeit Karls V. und Philipp II. ins Gesicht geschleudert hatte und mit dem die tapferen Männer sich damals wie mit einem Schilde geschützt hatten.

Der Adel verachtete, gleichgültig gegen alles und jedem ultramontanen, fremde sich vielleicht über die Unannehmlichkeiten, die die neue Stimmung den Emporkömmlingen bereitete; aber er wagte es nicht, eine Partei zu beschließen, die den Namen und die Fahne der herrlichen Gegner des katholischen Episcopats führte.

Die Aufregung, die Reaktion war besonders bei dem Arbeiteramt im Hofen stark.

Verheißene Konflikte waren bereits zwischen Räter und den Nationen ausgebrochen. Es waren zwei Gerichtshöfen wegen einer Rechnung, die der Reeder der „Kartika“ bezahlte hatte. Bislang weigerte sich aber, den Betrag zu zahlen, als das die ein Gerichtshof für ihn antrat. Er wachte sich des-

halb für das Ansehen an eine andere Nation, aber in solchen Fällen erklären sich die Korporationen als solidarisch, und so lehnte auch jene Korporation es ab, die Arbeit zu übernehmen, solange er keine Schuld bei den Konkurrenten nicht bezahlt hätte.

Dann wandte er sich an eine dritte und eine vierte Nation, aber überall erhielt er dieselbe Antwort.

Er war darüber so ärgerlich, daß er doch nicht nachgeben wollte. Deshalb ließ er Doktorbeiter und Einwärts aus Willingen, dem nächsten Gerichtshof, kommen. Die Antwerpener Ausländer waren aber mehrere Holländer in die Hakenabenden, zogen sie halbzu heraus und leuchteten sie wieder herein, so daß sie noch am selben Tage den Zug nach der Heimat bestiegen und hoch und teuer verabschiedeten, sie wollten sich nicht mehr dazu verleiten lassen, die Pläne der Antwerpener zu durchsetzen, die bei ihren Streiks so großen Erfolg machten. In der Tat, wenn es diesen ebenjünglichen wie harten Arbeitern einfiel, böse zu werden, so wurden sie es nach Art der faherartigen Raabiere.

Als Besard den Vorschlag der Holländer erfuhr, schämte er vor Wat und Khor, er würde sich nicht über den Hofen und an jenen übermächtigen Nationen rächen. Als aber inzwischen das Getreide im Schiff beinahe anfang zu faulen, gab er endlich den Herforderungen der Ausländer nach.

Einige Zeit später fand er eine Gelegenheit, um die Feindschaften gegen diese alten anstößigen Riets wieder anzunehmen. In Amerika waren nämlich die Eleantoren erstanden worden, die zugleich den Kran, das Reichtum und den Schatzparat erkennen: ihre Einbringung im Getreidehandel machte notwendigerweise einen großen Teil der Handarbeit unentbehrlich und demnach viele Genossen der Nationen“ brotlos machen.

Groß war denn auch die Aufregung unter dem Volk, als es hieß, Besard habe in den Sitzungen des Stadtrats den Verkauf und den Gebrauch solcher Eleantoren zur Verwirklichung der Nationalitäten empfohlen.

In dem Abend, wo in dem Stadtrat über den Antrag Besard abgestimmt werden sollte, hatten sich die „Bazen“ und die Arbeiter, die von Jan Ringerhet zusammenberufen worden waren, wie eine gewaltige Arme auf dem großen Platz vor dem Rathaus versammelt. In ihren Arbeiterkleidern standen sie da mit ansehnlichen Kränzen, mit den Fäustern in den Hüften und Klartem lachend nach den hellerleuchteten Fenstern des Saales. Mit lächelnder Miene, die Worte zwischen den Zähnen, freude, wie wenn es hieße, zum Lache antreten, geht Jan Rin-

Kultivierung von Moor- und Deeland.

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Siedlungs- und Wohnungswesen nahm in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Unterausschuss des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses am Sonnabend einen Bericht über Moor- und Deelandkultivierung und Besiedlung entgegen. Beide Ausschüsse nahmen einstimmig den Antrag des Unterausschusses an, der die Reichsregierung ersucht, die Förderung der Moor- und Deelandkultivierung so schnell als möglich durchzuführen. Der Ausschuss sagt in seinen Vorschlägen, daß der Abbau der Einfuhr ausländischer Lebensmittel rasche und dauernde Steigerung der inländischen Erzeugung notwendig macht. Auf den 3 Millionen Hektar kulturwürdigen Moor- und Deeland kann in einem Jahre zwei Drittel der 1920 eingeführten ausländischen Nahrungsmittel produziert werden, was nach dem heutigen Durchschnittspreis für Auslandsgetreide einer Jahreserparnis von 40-45 Milliarden Mark gleichkommt. Zu den Arbeiten sollen nach dem Gutachten des Ausschusses Erwerbslose herangezogen werden. Für das Gelingen des Werkes ist geeignete Anleitung, gute Beseidung und Verpflegung der Arbeiter vorbedingung. Besonderes Augenmerk soll auch die dauernde Beschäftigung von Strafgefangenen der Urbarmachung gerichtet werden. Eine rasche Besiedlung und Benützung des Deed- und Mooslandes muß mit der Urbarmachung Hand in Hand gehen. Zur Verhinderung jeder spekulativen Ausnutzung werden vom Reich verlangt: ein Rekrutierungsgesetz für Moorfuß, und Steuererleichterungen, Zulässigkeit des Abzuges der unentzehrlichen Aufwendungen für die ersten drei Jahre und Steuerfreiheit von der Einkommensteuer und etwaiger Vermögenssteuer längstens für 10 Jahre vom Beginn der Kulturarbeiten an gerechnet.

Der Dollar 338 1/2.

Am Berliner Devisenmarkt setzte am Montag eine erneute Hausse ein. Nach Meldungen aus dem Ausland, insbesondere aus Holland, haben dort die Marktkäufe, die am Ende der vorigen Woche zu beobachten waren, bereits wieder nachgelassen. Ähnlich notierten: Kabel New York 338,50, London 143, Holland 127,5. Am Effektenmarkt beginnt sich die Unternehmungslust wieder stärker zu regen. Die Geldknappheit ist allmählich überwunden. Besonders gesucht waren Montan- und Maschinenbauaktien. Die Nachricht von einer bevorstehenden Erhöhung der Zellstoffpreise führte außerdem zu einer Hausse in Zellstoff-Fabriken.

Kartoffeln für Deutsch-Oesterreich.

Die deutsche Regierung hat mit Rücksicht auf die schwierige Ernährungslage Deutsch-Oesterreichs die Erlaubnis erteilt, Kartoffeln dorthin auszuführen. Es dürfen ausgeführt werden nach Vorarlberg 40 000 Zentner, nach Tirol 500 Waagons und ins übrige Deutsch-Oesterreich 400 Waagons Kartoffeln. Die Lieferungen sind bereits eingeleitet, jedoch noch nicht beendet.

Der Prozeß gegen die russischen Sozialrevolutionäre.

Trotz der Proteste der Arbeiterparteien aus allen europäischen Landesteilen gegen die Parteilung der russischen Sozialrevolutionäre, wie gegen die Führung des Prozesses überhaupt, ist das Revolutionstribunal zu der Gerichtsverhandlung ausmattetreten. Die ersten Zeugen sind bereits vernommen, jedoch haben deren Aussagen keine Befestigung der in der Anklage erhobenen Beschuldigungen ergeben.

Nach wie vor werden weitere Proteste an die Adresse der Sowjets gerichtet. Das Zentralkomitee der sozialistischen Partei Italiens sandte eine Delegation zu dem Sowjetvertreter in Rom, die forderte, die Gerichtsverhandlungen einzustellen und eine Entscheidung einem Komitee sämtlicher drei sozialistischer Parteien zu überlassen. Desgleichen hat das Zentralkomitee der schwedischen sozialdemokratischen Partei einen entscheidenden Protest gegen das Gericht über die Sozialrevolutionäre abgeben lassen. Auch die belgischen Kohlearbeiter nahmen auf dem zurzeit noch tagenden Kongress eine Resolution gegen die Aburteilung an.

Aus aller Welt.

Riefenbrand in einer Münchener Brauerei.

In der Pechhalle der Löwenbrauerei in München ist Sonntag früh 4 Uhr ein Riefenbrand ausgebrochen, der sich auf die Fregatlerhalle und das Kistenlager ausdehnte und auch die Fregatlerhalle, die Packhalle und die Böttcherei stark gefährdete. Die Gebäude sind mit den Dachhüllen ausgebrannt. Hunderte von großen wertvollen Kähnen und ein großer Teil des Kistenlagers wurden vernichtet. Die gesamte Berufsfeuerwehr und die ausgebildete Freiwilligen-Feuerwehr waren mit 12 Motorpumpen am Platz, von denen sieben mit 35 Schlauchlagen das Feuer 4 1/2 Stunden bekämpften. Es war der größte Brand, den München seit Jahrzehnten gehabt hat.

Die Heimfahrt der 77 000 toten Amerikaner.

Das Staatsdepartement in Washington erklärt, daß bis jetzt 45 712 in Frankreich gefallene amerikanische Soldaten nach Amerika übergeführt wurden. Es bleiben noch 31 368 Soldaten zu überführen.

„Das wird noch Spaß geben, Kerl!“ sagt Jan, indem er sich die Hände reibt, daß die Knochen krachen.

Siska hat nur mit Mühe ihren Mann zurückhalten können. Einige Strafingen mit verdächtiger Miene, nach Art der jungen Korjaken vom Doel, nähern sich auch den soliden Genossen, aber Jan will nichts von kompromittierenden Verbänden wissen. Er weiß sie mit einer kräftigen Handbewegung ab. Die braven Leute genügen ihm.

Die Schutzleute versuchen zwar, sie auseinanderzutreiben, aber gegenüber der sehr entschlossenen und in ihrer Ruhe sehr ausdauernden Art, mit der die Aufständigen sie empfangen, stehen sie ohne weiteres vor ihrem Vorhaben ab.

Eine ziemlich lange Straße, der Zuckerkanal, trennt den Großen Markt von der Scheibe, aber zweihundert Meter sind keine Entfernung für diese Gesellen, und sie würden die Holpen, diese schlauen, aber schwächlichen Kerle, mit Leichtigkeit bis zum Wasser tragen.

Was werden sie tun? fragen sich die Volkstufen, denen diese Ruhe, die entscheidene, etwas ironische Miene dieser Kerle verdächtig ankommt. Dabei sind sie so harmlos wie die Summel an der Frankfurter, wenn sie auf den Haas warten, der ihnen einen Schnaps bezahten läßt. Die Arbeiter antworten denen, die sie befragen, mit einem ebenjünglichen wie energischen vado retro, das sich in einer anderen Mundart als dem flämisch gar nicht ausdrücken läßt und das durch die Art der Aussprache noch besonders bezeichnend ist.

Im linken Flügel des alten Stadthauses sind die Fenster des zweiten Stockwerks noch immer hell beleuchtet. Die Beratung ist, wie es scheint, noch nicht zu Ende, aber die Abstimmung steht nahe bevor; die Beteiligten verstehen sich alle wie die Handes auf dem Jahrmarkt.

Es schlägt neun Uhr. Beim letzten Schlage gibt Jan Ringerhet durch Winken seinen Kameraden ein Zeichen, darauf diese sich gleichzeitig ohnmächtig bewegen und anfangen vor ihren Köpfen die Plätterheine aufzureißen. Das geht sehr rasch, und die Schutzleute geben sich umsonst Mühe, sie daran zu hindern.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftsbewegung.

Die gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften.

Die zehn Punkte.

Am Montag abend sprach im großen Saale des Gewerkschaftshauses vor den Breslauer Metallarbeitern der Verbandsvorsitzende D. H. Mann über die gegenwärtigen Aufgaben der Gewerkschaften und die zehn Punkte des A.D.G.B. Seine klaren, sachlichen und eindringlichen Ausführungen, seine anfeuernde und weckende Art der Rede, seine überzeugenden und mitreißenden Worte verfehlten ihren Eindruck auf die Versammlung nicht. Stürmischer Beifall dankte ihm am Schluß seiner Ausführungen und die Aussprache erschöpfte sich in einigen fruchtlosen Debatten, ohne an den Kern und das Wesen des D. H. Mann'schen Vortrages heranzugehen. Aus seiner Rede sei folgendes geflüstert wiederholt:

Wenn heute an die Gewerkschaften Forderungen gestellt werden, so ist das durchaus begründet. Im A.D.G.B. sind etwa 8 Millionen Arbeiter organisiert und im A.D.G.B. rund 750 000 Angestellte usw. Diese beiden bilden eine gewaltige Macht. Es ist richtig, wenn die Arbeiterklasse voraussetzt, daß diese organisierte Macht auch bei allen wichtigen Fragen entscheidend in die Waagschale fällt. Ob das von den heutigen Gesetzgebern genügend beachtet wird, wollen wir unterfragen. In welcher Situation stehen wir jetzt? Wir haben Beschäftigung seit fast 4 Jahren, seitdem die Welt einen neuen Sturm erlebt. Die Zahl der Arbeitslosen ist eine außerordentlich geringe und steht in keinem Verhältnis zur Wirtschaftskrise der Welt. Aber geht es denn nun der deutschen Arbeiterklasse seit diesem Zeitpunkt besser? Nein. Mit der Beschäftigung sank die Teuerung und die Beschäftigung ist kein gesunder Gradmesser für die Wirtschaftslage Deutschlands, denn jeder fühlt und sieht, daß hinter der Beschäftigung von heute die Wirtschaftskrise von morgen lauert. Die Markt-Entwertung macht weitere Fortschritte, der Warenverkauf ins Ausland macht weiter und das Unternehmertum macht keine Werttageläufe. Die Arbeiter mühen sich ab, schuften und schangen, und was bleibt ihnen? Nichts. Die Teuerung verschlingt alles und in rasendem Tempo verschleht sich die Lage. So sind wir gezwungen, in vier Wochen, als ängstlicher Zeitpunkte, immer zu neuen Lohnforderungen zu schreiben. Das Ernährungsproblem zwingt uns dazu in den letzten Monaten. Wir leben die gewaltige Preiserhöhung, den Mangel an Kartoffeln.

Wenn ich im Vergleich dazu die Tatsache sehe, daß die deutschen Schnapsbrennerien annehmlich viel Kartoffeln verarbeiten, so ist auch dies ein Beweis dafür, wie das Ernährungsproblem nicht gelöst worden ist. So sieht es augenblicklich in Deutschland. Und wenn angesichts dieser Zustände die Arbeiterklasse fragt: Kann hier nicht aktiv eingegriffen werden vom deutschen Parlament, können nicht die Arbeiter und Angestellten aus eigener Kraft Fenster ihres Gehaltes sein? Dann ist diese Frage durchaus berechtigt.

Aus diesem Grunde wurden die 10 Forderungen mit Recht an die Regierung gestellt, und eine andere Frage ist die, ob zur Durchführung die nötigen Maßnahmen ergriffen wurden. Bei dieser Frage stoßen wir sofort auf den Einwand: Ja, das ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, diese Forderungen durchzuführen. Wir haben sie aufgestellt als ein Programm, einen Wegweiser. Jetzt ist es Aufgabe der politischen Parteien im Parlament, diesen Forderungen zur Durchführung zu verhelfen. Wir als Gewerkschaften, so sagt auch ein Teil von uns, können das nicht. Ist dieser Einwand richtig oder falsch? Ich bezeichne ihn als falsch. Forderungen dieser Art aufstellen als eine zwingende Notwendigkeit, heißt andererseits auch, daß man die Kräfte des Parlamentarismus zu ihrer Verwirklichung zu benutzen versucht.

Kollege D. H. Mann gab Johann einen eingehenden geschichtlichen Rückblick über die bisherigen Aufgaben der Gewerkschaften, die er allgemein in zwei Teile teilt: die engeren, als da sind, Lohnkämpfe, Hilfe für den einzelnen, Streik und der tägliche Kleinstkampf und die weiteren Aufgaben politischer und sozialer Art. Er schilderte die Epoche des Sozialistengesetzes mit ihren Verfolgungen und Schikanen, denen auch die gewerkschaftlichen Verbände zu gleicher Zeit ausgesetzt waren. Nach 12jähriger Tortur fiel das Gesetz, es kam zur Gründung der einzelnen Zentralverbände. Sehr scharf polemisierte Kollege D. H. Mann gegen die sogenannten gegnerischen Verbände und trat entschieden für einen einzigen einheitlichen Verband ein. Die unbedingte Notwendigkeit hierzu beweisen die Unternehmer, die sich nicht nach Konzeption usw. in ihren Verbänden scheiden, sondern in einem einzigen Verbande ihre Interessen am wirksamsten vertreten wissen.

Der Redner berührte auch die Stellung der Gewerkschaften zur sozialistischen Partei (vor dem Kriege). Die Gründer der freien Gewerkschaften haben sich von der ersten Stunde an zum Sozialismus bekannt und haben nicht daran gedacht, daß die gewerkschaftlichen Aufgaben sich darin erschöpfen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Sie haben gesagt: das Ziel muß sein, den Kapitalismus zu beseitigen. Wollen wir das Leben des Proletariats fördern, müssen wir letzten Endes die Wurzel des Übels angreifen.

An zahlreichen Beispielen bewies Kollege D. H. Mann, wie sehr auch heute noch die engeren Aufgaben der Gewerkschaften eine Notwendigkeit sind. Scharfer als je ist der Kampf des Kapitals gegen die Arbeiter. Der Achtstundentag ist ernstlich bedroht. Der tägliche Lohnkampf benötigt stärkere Kräfte als Lohnkämpfe in früheren Zeiten, und müssen wir nicht auch heute noch dem einzelnen Mitglied Schutz geben? Wir haben zwei Jahre lang das Betriebsratsgesetz. Aber was in jedem Monat geschieht, um Arbeiter, die von ihren Kollegen an die Spitze eines Betriebes gestellt wurden, unglücklich zu machen, das ist ein Skandal. Wir werden auf diesem Gebiete noch manches zu erleben haben.

Die Forderungen der Arbeitgeber sind klar. Längere Arbeitszeit, hohe Arbeitsleistungen und niedrigere Löhne. Und wenn die Kameraden des Auslandes in Holland, Belgien, Frankreich, England usw. die jährlichen Kämpfe führen gegen Lohnabbau, dann ist das ein Symptom. Wir kommen in Deutschland in denselben Kampf hinein. Das Kapital ist international sich einig. Die Arbeiterklasse kennt nur einen Feind, das internationale Kapital und sie hat nur einen Freund, die internationale Arbeiterklasse.

Den Schluß der Ausführungen können wir erst in der morgigen Ausgabe bringen.

Nochmals die Unterentlohnung der Anwaltsangestellten!

Die Ortsgruppe Breslau des Verbandes der Rechtsanwalts- und Notariatsangestellten schreibt uns:

Die Breslauer Anwälte verhalten sich immer noch ablehnend gegenüber den berechtigten Wünschen ihrer Angestellten um Bewilligung angemessener Teuerungszulagen. Am 3. d. Mts. wurde die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt, nachdem die Anwälte dessen Vergleichsvorschlag abgelehnt hatten. Der Einwand der Arbeitgeber, die geforderten Teuerungszulagen nicht zahlen zu können, wurde mit vielen Einzelfällen widerlegt, wobei sich ergab, daß Anwälte mit guter Praxis weit unter den bisherigen niedrigen Tariffätzen zahlten und daraus mit Recht hergeleitet, daß es lediglich an dem guten Willen mangelte. Grundsätzlich stellen sich die Angestellten auf den Standpunkt, daß der Anwalt wie jeder andere Arbeitgeber, wenn er sich Arbeitskräfte hält, diese auch angemessen entlohnen muß. Der Schlichtungsausschuß hat nach langer Beratung einen Schlichtungsentscheidungsbescheid über den Vergleichsvorschlag erlassen, wonach zu den bisherigen Gehältern 50, 60 und 75 Prozent Zuschlag zu zahlen sind, den die Arbeitnehmer nur um ihre Notlage etwas verringern zu können, annehmen, dagegen die Arbeitgeber in ihrer einkaufenden Versammlung einstimmig abgelehnt haben. Inzwischen ist die Verbindlichkeitsklärung durch den Herrn Regierungspräsidenten beantragt.

Die Erregung in Angestelltenkreisen ist beargwünlich, wenn man berücksichtigt, daß die durch den Schlichtungsbescheid erhoffene Sätze teilweise nicht einmal ein Drittel desjenigen erreichen, was anderen Berufsgruppen gewährt wird, und die Arbeitgeber sich diesem Schlichtungsbescheid nicht unterwerfen wollen.

Die längst begonnene Abwanderung in andere Berufe nimmt fortgesetzt zu.

Angesichts dieser Tatsache ist von Interesse, wie Rechtsanwalt Dr. Dittmar Witmer, hier, Goldene Radegasse 17, bekräftigt, eine Angestellte auch weiterhin in seine Dienste ohne Gewährung des Tariffsatzes zu zwingen.

Das 19 Jahre alte Fräulein B. ist nach Entlassung aus der Fürsorgeanstalt am 12. Januar 1922, ohne vorher im Anwaltsbüro tätig gewesen zu sein, bei Rechtsanwalt Dr. W., dem das Bestehen der Fürsorgeziehung bekannt gegeben wurde, gegen ein Monatsgehalt von 150 Mark, wovon noch die geschuldeten Beiträge abgingen, eingetreten und wurde auch noch zur Leistung von Überstunden herangezogen, ohne daß für eine Vergütung zu erhalten. Die Entlohnung erreicht nicht den Tariffsatz und die Überstundenentlohnung ist verordnungswidrig in Anspruch genommen worden. Alle Vorstellungen wegen Gehaltserhöhung bewirkten nur, daß Rechtsanwalt Dr. W. sich bereit erklärte, lediglich noch die auf die Angestellte entfallenden Beiträge mit zu übernehmen und Fräulein B. sich zur Annahme einer anderen Stellung gezwungen, fand auch eine solche zum 1. März 1922 zu einem Monatsgehalt von 900 Mark. Nach Aufgabe der Stellung bei ihm, die gegenüber der Weigerung zur Zahlung eines tarifmäßigen Gehaltes mit Recht erfolgte, ließ der Arbeitgeber alle Mienen springen, die billige Kraft wieder in seine Dienste zu zwingen. Zunächst richtete er an die Eltern seiner bisherigen Angestellten ein Schreiben, das stark nach Nötigung aussieht. (Das Schreiben liegt uns im Wortlaut vor. Red.)

Nachdem Dr. Witmer eingesehen hatte, daß sein Schreiben keinen Erfolg hatte, versuchte er noch ein letztes Mittel zur Wiedererlangung der so billigen Arbeitskraft. Am 3. d. Mts. erschien ein Herr — ob Rechtsanwalt Dr. W. selbst oder ein Beauftragter, wird die amtliche Unterlegung ergeben — bei der jetzigen Arbeitgeberin des Fräulein B. und erklärte, daß er auf Grund der ihm von dem Herrn Landeshauptmann erteilten Vollmacht letztere zwingen werde, wieder zu ihm in Stellung zu kommen und daß er, wenn das nicht gelänge, alle späteren Arbeitgeber von der angeordneten Fürsorgeziehung in Kenntnis setzen werde.

Dem Vorstand der Anwaltskammer und der Staatsanwaltschaft haben wir Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen und werden natürlich die uns bekannt werdenden Entscheidungen der Definitivität nicht vorenthalten.

Ein weiterer Fall zeigt, wie von einem anderen Anwalt entlohnt wird:

Der Rechtsanwalt Dr. Doh in Schweidnitz beschäftigte bis zum 26. v. Mts. den 17jährigen Gehilfen K. gegen ein Monatsgehalt von 550 Mark. Die beabsichtigte Bitte des Angestellten um Erhöhung des unzureichenden Gehaltes auf 750 Mark wurde am vorgenannten Tage mit sofortiger Entlassung beantwortet. Die Bitte um Gehaltserhöhung muß aber den Anwalt in solche Erregung versetzt haben, daß er, nachdem die Entlassung ohne Widerspruch erfolgt war, noch in überlautem Ton sagte: Wenn Sie etwa 40 Jahre haben wollen, brauchen Sie es nur zu sagen. Die von uns angerufene Anwaltskammer wird uns wohl mitteilen, wie sie das Verhalten eines Anwaltes beurteilt, der die berechtigten Bitte seines Angestellten mit sofortiger Entlassung beantwortet und dem grundlos Entlassenen, der diese Widerspruchlos zu seinem Nachteil hintritt, auch noch Ohrfeigen andient.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir uns der Erklärungen von Anwälten an anderer Stelle, daß sie die Wünsche ihrer Angestellten wohlwollend prüfen würden. Obgleich wir auf dem Standpunkt stehen, daß der Arbeitnehmer nicht von dem Wohlwollen des Arbeitgebers abhängig sein darf, müssen wir feststellen, daß das gerühmte Wohlwollen doch teilweise mit ganz besonderen Eigenschaften ausgestattet ist.

In der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß hat ein Vertreter der Anwälte sich darüber beklagt, daß die durch die Zeitungen gezogenen Minderungen der Gehälter, die durch den Arbeitgeber unsere Ausführungen unbedeuten sind, müssen aber Wert darauf legen, die Definitivität über die Verhältnisse in unserem Service zu unterrichten, damit nicht eine unrichtige Vorstellung über den Verbleib der für die anwaltliche Tätigkeit gezahlten Gelder und die Behandlung von Angestellten Platz greift.

Zur Lohnbewegung der Zuschneider.

Vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

Zur Lohnbewegung der Zuschneider nahm eine gut besuchte Versammlung, die im Gewerkschaftshaus tagte, Stellung. Kollege Baal berichtete zunächst über die zentralen Verhandlungen in der Herren-Konfektion. Das Ergebnis derselben ist folgendes: Werkstattemeister, Einrichter und Zuschneider 794 Mark, Hilfs- oder Maschinenzuschneider 701 Mark, Einrichterin, Futter-, Hilfs- oder Maschinenzuschneiderin 439 Mk., Zuschneiderinnen 524 Mk.

Dann gab Redner einen Überblick über die Verhandlungen in der Herren- und Damenbekleidung, welche in Kasse festgestellt haben. Nach den dort getroffenen Vereinbarungen richten sich in Zukunft die Gehaltsätze nach den Löhnen der Schneider und Schneiderinnen. Das Gehalt des Zuschneiders im 1. Jahr kommt dem Lohn des Schneiders gleich und beträgt jetzt 2850 Mark pro Monat. Zuschneider im 2. und 3. Jahr und selbständige Zuschneider steigen dann entsprechend prozentual, so daß das Gehalt des letzteren 4000 Mark beträgt.

Bei den Direktrinnen wird das Gehalt der Damenschneiderinnen II. Stufe zu Grunde gelegt, ebenfalls mit einer prozentualen Steigerung für die im 2., 3. Jahr und selbständigen Direktrinnen. So erhalten jetzt Anfangsdirektrinnen 2032 Mark, selbständige 2545 Mark.

Das Abkommen wurde einer scharfen Kritik unterworfen, da es den Ansprüchen nicht genügt. Unbetheiligt hätte bei der Gehaltsbemessung der Direktrinnen das Gehalt der 1. Jaden- und Mäntelarbeiterinnen zu Grunde gelegt werden müssen.

Beigelegte Differenzen in der Zement- und Kalkstein-Industrie.

Die Lohnunterschiede in der Zement- und Kalkstein-Industrie sind durch Verhandlungen vor dem Sachverständigenausschuß beigelegt worden. Die Belegschaften der betroffenen Firmen haben die Arbeit am 27. März wieder aufgenommen.

Streitbeschuß in Mannheim-Ludwigshafen.

Die Abstimmung in der Mannheim-Ludwigshafener Metallindustrie hat 16 265 Stimmen für den Eintritt in den Streik und nur 1800 Stimmen dagegen ergeben. Gestern wurde in fünflichen Betrieben die Kündigung der Arbeit für den 31. März erteilt. Wenn durch das Schlichtungsverfahren keine Einigung erzielt wird, werden die in Betracht kommenden 25 000 Arbeiter am Freitag nächster Woche die Arbeit niederlegen.

Streik in allen italienischen Häfen. Der Sekretär der Hafenarbeiterföderation teilt mit, daß sich der in Hafen von Genoa ausgebrochene Streik auf alle italienischen Häfen ausgebreitet hat. In Neapel sind Arbeitermengen unter dem Schutz von Polizei und Faschisten tätig. Es kam zu Zusammenstößen mit den Streikenden. Auch in Brindisi, wo die Faschisten unter den Arbeitslosen Streikbrecher angeworben suchten, kam es zu Unruhen, bei denen die Polizei einschritt.

Der Verband der Hafenarbeiter von Genoa forderte in einem Telegramm die sozialistische Kammerfraktion auf, sofort eine energische parlamentarische Aktion zugunsten der streikenden Hafenarbeiter einzuleiten.

Aus der Provinz Schlesien.

Schlesischer Provinziallandtag.

Nach nur fünfjähriger Dauer hat der 59. Schlesische Provinziallandtag (2. Tagung) sein Ende gefunden; er ist am Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr erneut vertagt worden. Die Sitzung ist erst 11.30 Uhr eröffnet worden, denn die Finanzkommission beschloß sich noch bis dahin mit dem Gesamtetat für die Hauptverwaltung. Der Landtag hat damit einen Sparparlamentarismus geleistet, da die Tagung für etwa 8 Tage vorgezogen war. Trotzdem war die Schlußsitzung noch eine sachliche und ernsthafte Auseinandersetzung zwischen rechts und links. Der Redner unserer Fraktion, Genosse Bürgermeister Burmann, nahm bei der zweiten Lesung des Etats Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß wir darauf bestehen müssen, den Etat der Hauptverwaltung am Anfang der Tagung zu besprechen, da es für unsere Fraktion die einzige Möglichkeit ist, Stellung zu nehmen und der Definitivkeit zu sagen, ob unsere Vertreter Vertrauen zur Verwaltung haben und sich dann bei den Einzelhaushaltsplänen darnach richten können. Die plumpe Antwort des deutschnationalen Abg. Thum ließ Genossen Burmann noch einmal auftreten und Ausführungen machen, von denen man den Eindruck hatte, als daß der Redner aus unbekanntenen Gründen mit irgend etwas hinter dem Berge hätte. Jedenfalls war es verwunderlich, zu hören, daß der Landeshauptmann den Mut besäße, die Abgeordneten in zwei Klassen zu scheiden und die adeligen Herrschaften anders behandelt als die nicht Blaublütigen, wozu der Herr noch die Stirn hatte, sich zu amüßern. Das nächste Mal werden unsere Genossen deutlicher reden müssen.

Zu Beginn berichtete Genosse Pietlich über den Verwaltungsbericht der Schlesischen Haftpflichtversicherungsgesellschaft. Durch die Übernahme der Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen und Kursverluste hat die Gesellschaft im ersten Geschäftsjahr ein Defizit von 52 000 Mark erlitten. Also auch ein kleines Geschenk an die Landwirtschaft. Von dem Bericht wurde debattelos Kenntnis genommen. Anschließend behandelte der Redner kurz den Voranschlag für die Verwaltungsstellen der genannten Gesellschaft und denen der Schlesischen Lebensversicherungsgesellschaft, die gemeinsam verwaltet werden. Der Etat wurde auf 4 889 000 Mark festgelegt.

Als nächster Redner berichtete Abg. Sina über Rechnungsprüfungen, die anstehend noch sehr im Rückstand sind. Die Beschlüsse beendete Herr Landesrat Dillig, um dann dem Abg. Schölk (K.P.) Platz zu machen, der die Uebersichtungen der Etats einzelner Anstalten benützte, um gegen die Unmoral und Trunkstößen zu warnen.

Ohne Debatte wurde die anderweitige Verteilung der Dotationsrente beschlossen und durch Zustimmung zu Vorschlägen der 1. Kommission zwei Landesräte neu gewählt.

Ein längeres Referat erstattete Abg. Bauer über die Vorlage des Provinzialauschusses betreffend Nachträge zu den Etats der Hauptverwaltung und des Landarmenverbandes für das Jahr 1921. Insbesondere klagt der Redner die Not der Kreise und Gemeinden, die durch solche nachträgliche Forderungen in größte Schwierigkeiten geraten. Die Debatte darüber wird ausgelegt, um gleichzeitig mit der des Haupthaushaltsplanes für 1922 gehalten zu werden.

Abg. v. Cholitz bespricht hierauf in zweiter Lesung den Gesamthaushaltsplan und gibt noch einmal eine düstere Darstellung. Die Generaldiskussion darüber brachte eine höchst interessante Aussprache, an der sich der Landeshauptmann sowie Genosse Burmann, die Abg. Thum, Soeber, Frau Bellez und andere beteiligten. Herr Thum wollte die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Oberpräsidenten Zimmermann und Burmann in der Frage der Beamtenbesoldung zu einer abschließenden Kritik stampeln, zu der die deutschnationalen Presse die Angelegenheit gemacht hat. Aber Genosse Burmann führte mit trefflichen Worten die Angelegenheit auf den rechten Ton zurück. Von dem Landeshauptmann verlangt unser Redner eine objektivere Personalpolitik und Gleichberechtigung für unsere Partei. Der Optimismus des Redners konnten einzelne unserer Abgeordneten nicht teilen und machten treffliche Zwischenrufe.

Bei der Einzelberatung kämpften die Deutschnationalen wie verzweifelt um die höhere Unterstützung der Landwirtschaftlichen Winterkulturen. Ihr Hauptredner war der wegen Steuerhinterziehung in erster Instanz bestrafte Herr Schneider. Unsere Genossen blieben in der Minderheit. Eine vorzügliche Rede zur Subventionierung des Volkshilfsamts hielt Genosse Maché. Der gestellte Antrag mußte jedoch aus gemeinschaftsorganisatorischen Gründen dem Provinzial-Ausschuß zur Beratung übergeben werden. Dem Etat wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig zugestimmt und derselbe mit rund 70 Millionen festgelegt.

Am Schluß der Sitzung hand noch eine Vorlage zur Beratung, die nicht unemseligen Breslauer Interessen berührt. Für das Stadttheater Breslau wurde eine Beihilfe von 100 000 Mk. bewilligt und der Beitritt zur Stadttheater G. m. b. H. mit einer Einlage von 20 000 Mark beschlossen. Ein oberflächlicher Abgeordneter lobte die Oper und freute sich, daß Breslau alles tut, um das Theater zu erhalten.

Ein Antrag, eine wirtschaftliche Frauenschule in Gnadensfrei zu unterstützen, wurde dem Provinzialauschuß zur Prüfung übergeben.

Hierauf fielen die üblichen Dankesreden, die die erregten Gemüter der Tagung wieder zu einer einheitlichen Front stempelten. Das Haus hatte sich schon vorzeitig geleert.

Katibor. Raubmörder Warzejska erschossen.

Der selbsttötlich verfolgte Raubmörder Josef Warzejska wurde Sonnabend abend nach vorangegangenen Kampf von der Gemeindevache Rogau erschossen. Warzejska, ein vor dem letzten Putz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilter Verbrecher, war aus der Strafanstalt ausgebrochen und beteiligte sich auch am Aufstande. Nachher wurde er ein gefürchteter Bandenführer. Die Krawallbande in Oltau und die Dajallas-Bande in Kenja arbeiteten mit dem Ermordeten Hand in Hand. Am Sonnabend abend drang Warzejska in die Poczarsche Gastwirtschaft in Rogau ein, wahrscheinlich um zu rauben. Der in der Wirtschaft anwesende Gemeindevachmann Kuska wurde von dem Banditen bedrängt und schließlich tätlich angegriffen. Inzwischen war der Gemeindevachmann Lorenz in die Wirtschaft gekommen. Neben Mitgliefern der Gemeindevache gelang es nun, den Banditen festzuhalten. Mäßig entwand sich der Verbrecher und schloß auf seiner Wache, wodurch Lorenz verwundet wurde. Der andere Gemeindevachmann brachte nun dem Raubmörder einen Schulterschuss bei. Obwohl verwundet, richtete der Angegriffene keine Waffe auf das Mitglied der Gemeindevache. Der Bedrohte kam jedoch dem Banditen zuvor und verwundete ihn durch einen Kopfschuss tödlich.



Bereinigtes Theater in Breslau.
 Direction: Feal Bernas.
Gobe-Theater, Tel. 2677. Thalia-Theater.
 Dienstag, 28. März, 7 1/2 Uhr: „Rundgemeinde Serie E.“
 Mittwoch, 29. März, 7 1/2 Uhr: „Der grüne Kaktus“
 Donnerstag, 30. März, 7 1/2 Uhr: „Kabale und Liebe“.

Stadt-Theater.
 Dienstag 7 1/2 Uhr:
Opalleria rusticana
 Sierauf: Der Bajazzo
 Mittwoch 7 1/2 Uhr:
 Der Barbier von Sevilla.
 Donnerstag 7 1/2 Uhr:
 Seltsame Ereignisse.

Schauspielhaus.
 Operettenbühne, Tel. Ring 2543.
 Heute u. täglich 7 1/2 Uhr:
 Der Zang ins Glas
 Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
 Die Frau im Strick.

Lieblich-Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Willi Prager.

ZEPTEKINO
 Bis Donnerstag!
 2 Sensations-Schlager
 Nach einer wahren Begebenheit!
Lebendig begraben
 Tot od. scheinotot?
 6 Akte.
 Hilde Wörner:
 Die Apachen-Tänzerin
 5 Akte.

Gesellschaftshaus Ripke-Garten = Scheitnis =
 Parkstraße 33. 12072
 Straßenbahnlinien 10, 13 und 21.
 Jeden Mittwoch:
Vornehmer Tanz
 Wein-Biale - Likör-Stube - Neue Musik

STAUERBERG
 Nur 3 Tage!
 Dienstag bis Donnerstag!
 Beginn 5 Uhr!
Newyorker Schreckensnächte
 5 Detektiv-Akte.
Eine Weiße unter Kannibalen
 6 Akte.



DK
 Nur 3 Tage!
 Beginn 5 Uhr!
Wahnsinnige Menschen
 5 Akte nach dem Roman
 Die Insel der Verschollenen.
Die Apachenbraut von Paris oder
 „Pariserinnen“, 5 Akte.



PALAST Theater
 Beginn 3 1/2 Uhr!
Shackletons letzte Südpol-Expedition
Harry Piel
 Das verschwundene Haus
 8 Akte. 5698
 Bei der 1. Shackleton-Aufführung haben auch Kinder Zutritt.

Alfa Lichtspiele
 Schwaldauerstraße 37
 Der große Erfolg!
Was zahlst Du ??
 Die Frage, mit welcher
Kleine Nanette
 aus der
Atlantik-Bar
 im modernen Sittenbild
Brudermord
 erpressend die Ursache wird zum
Geheimnisvollen Selbstmord
 des bekannten Dr. K
 Lilly Flohr Henny Porten

Im Beiprogramm:
 Ein Lustspiel
 in 4 Akten
 Auf Probe gestellt!

Befi Lichtspiele
 Heinrichstr. 21-23.
 2 große Schlager
Der Millionen-Ausstattungs-Film
 7 Akte aus der galanten Zeit Ludwig XV.
Madame Dubarry
 Wenn ein Laufmädchen die Geliebte eines Königs wird
 Eine wichtige und doch prickelnde Handlung.
 Dazu der bisher noch nicht gespielte II. Teil
Kinderraub im Zirkus Buffalo
Samson II
 Der Film verblüffender Sensation mit
Luciano Albertini
 Der größte aller Erfolge
 Über 10 000 Darsteller

Im Beiprogramm:
 Reinhold Schünzel
 Emil Jannings.
 Harry Liedtke.

OK
 Taschenstr. 20
 Ab Dienstag, den 28. März
 2 Sittenschlager.
Reinhold Schünzel in
Schande preisgegeben
 5 Akte nach dem Roman „Tänzerin Tod“. Das Leben eines lasterhaften Weibes, welche alle Männer zu verderben weiß.
 Ferner: Conrad Veidt, Aenne Gebhardt in der großen Filmtragödie
Menschen im Rausch
 5 Akte
 Ein Großstadtfilm voll spannender Handlung. 5700

Jupiter Lichtspiele
 Werlendorferstraße 50/52.
Brigantia von Costalizza
 (2. Film)
Die Jagd nach dem Talisman
 Ein heftiger Kampf um ein Millionen-Erbe.
 6 Akte.
 Ferner: 12451
Der Flüchtling von Sing-Sing
 zeigt uns in 5 aufregenden Akten die Flucht des bekannten Mörders Jimmy Warren aus dem größten amerikanischen Gefängnis Sing-Sing.
 5 Akte.
 Als eventuelle Einlage das wertvolle Lustspiel:
Ein Meisterwerk
 3 Akte.

Wartburg-Lichtspiele
 Gräbschener Straße 94a.
 Nur bis Donnerstag:
 Das gewaltige Monumental-Sittenbild
Lady Godiva
 mußte nackt durch die Stadt reiten.
 Ein Bild aus Englands Chronik.
 Hauptrollen: Ed. v. Winterstein, Wilh. Diegelmann, Hodda Vernon, Ernst Deutsch. 12449
 Ferner: Manulescu's Memoren
Fürst Lahovury
 (Der König der Diebe).
 Hauptrollen: Conrad Veidt, Erna Morena.
 Außerdem: Nobody 12. Teil: Die Frau um Mitternacht.

MATTHIAS-KINO
MIK
 Nur Dienstag
 Mittwoch
 Donnerstag
 Beginn 4 Uhr!
 Ein Sittenbild aus unseren Tagen!
 Verhältnisse eines Bändlersohnes!
 6 Akte
Der Roman eines Dienstmädchens
 Hauptrollen:
 Reinhold Schünzel — Liene Haid — Erika Glühner
 Junge Mädchen! Hütet Euch vor sogenannten „Kavaliere“ des Großstadtsamples, ob arm, ob reich; sie sind brutale rücksichtslose Egoisten
 Ferner: 12450
Maciste der Kegeriese und die kleine Cabiria
 Großer italienischer Sensationsfilm — 7 Akte

Bitte bei allen Einführungen stets die Intendanten unserer Zeitung zu verbrieflichen.

Ausschneiden! Weitergeben!
 Fortsetzung der großen Schlager-Programme
 in den 12445

Jupiter Lichtspiele
 Neudorfstraße 35
 Anfang:
 Wochentags 4 Uhr,
 Sonntag 3 Uhr.
 Ende: 11 Uhr.
Eddie Polo
 in dem großen Wild-West-Roman.
 2. Episode 6 Akte
Im wildem Ringen.
 3. Episode 6 Akte
Gegen Rob u. Neil.
 Sensation über Sensation.
 Mario u. Margarete
 Großer Sittenfilm
 mit Reinhold Schünzel,
 Tiegelmann,
 v. Winterstein,
 Luise Hehl.

Achtung, Schneider!
 Kaufe gegen Ausweis sämtliche Futterstoffe zu höchsten Tagespreisen.
 Tichauer, Schmiedebrücke 60.
 Ingerate erzielen bei der „Bolschewik“ den größten Erfolg

Eden Theater
 Nikolaistraße 27
 Von Dienstag, den 28. März bis Montag, den 3. April
 Das große Sensations-Programm!
 2 Erstaufführungen!
Die Satansfratze
 Großer deutscher Sensationsfilm
 in 5 Akten.
 Sehr spannende Handlung!
 Flottes Tempo!
Die Maske als Skelett
 Bester italienischer Sensationsfilm
 in 5 Akten. 12456
Chaplin schiebt Klaviere
 In der Hauptrolle:
Charlie Chaplin.



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. März.

Sozialdemokratischer Verein.

Abteilung Nikolaiter und Pöpelwitz, Donnerstag, den 30. März, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung aller Ortsleiter, Frauenleiterinnen, Funktionäre und Vorstände des Arbeiter-Gewerksvereins...

Die Jugendweife des Arbeiterjugendvereins

findet in diesem Jahre am 7. und 8. April statt. Karten zum Preise von 3 Mark ab Freitag in allen Heimen. Die Funktionäre aller Heime müssen am Donnerstag sich die gewünschte Anzahl Eintrittskarten im Zimmer 36 abholen.

Die drohende Verschlechterung der kommenden Arbeitsgerichte!

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer hörten am 23. März 1922 das Referat des Bezirks-Arbeiter-Sekretärs Alfred Peiser über das Thema: „Der neue Arbeits-Rechts-Gesetzesentwurf und welche Gefahren drohen damit der deutschen Arbeiterschaft“.

Der Redner lehte zunächst dar, welche wichtiger Fortschritt im Entwurf des Arbeits-Rechts-Gesetzes zu verzeichnen war, den der Unterausschuss 4. Arbeits-Rechts-Ausschuss ausgearbeitet, und dem Reichstag zur Annahme empfohlen hatte.

Es war in diesem klar und unzweideutig zum Ausdruck gekommen, daß 1. die kommenden Arbeitsgerichte sich aufbauen müssen, auf die bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte; 2. daß die Arbeitsgerichte nicht dem Amtsgericht angegliedert werden dürfen; 3. daß die neuen Arbeitsgerichte mit den Schlichtungsausschüssen verbunden werden müssen.

Hiergegen liefen die Juristen Sturm und brachten es tatsächlich zuwege, daß ihre Ansichten im Arbeits-Ministerium liegen. Die Regierung gab einen neuen Arbeits-Rechts-Gesetzes-Entwurf bekannt.

Dieser muß von der deutschen Arbeiterschaft abgelehnt und energisch bekämpft werden.

Der Regierungsentwurf will die neuen Arbeitsgerichte dem Amtsgericht angleichen. Damit hat auch das letzte Grundbedenken der Arbeiterschaft überhaupt gelöst. Sollte der Regierungsentwurf Gesetz werden, würde der deutschen Arbeiterschaft ein schwerer Schaden zugefügt.

Milionen von Arbeitern hätten wieder unter einer einseitigen Rechtsprechung zu leiden.

Das Vertrauen zur Rechtsprechung würde im Volke mehr und mehr schwinden.

Die sehr anregende Debatte bewies, welche großes Interesse die versammelten Beisitzer dieser Frage entgegenbrachten.

Nach eingehender Aussprache wurde folgender Antrag des Beisitzergremiums einstimmig angenommen:

„Die heut am 24. 3. 1922 stattfindende Sitzung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer beschließt, den Verband der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbeisitzer aufzufordern, schnellstens eine Tagung einzuberufen. Als Gegenstand der Beratung soll der vom Reichs-Arbeits-Ministerium veröffentlichte Arbeits-Rechts-Gesetzes-Entwurf dienen. Gleichzeitig werden die Ortsausschüsse ersucht, schnellstens zu dieser Frage Stellung zu nehmen.“

Außerdem wird der Ausschuss der Gewerbe- und Kaufmannsgerichts-Beisitzer demnach in einer besonderen Sitzung sein Gutachten über den Gesetzes-Entwurf erlassen.

Unter Punkt Verschiedenes wurde die Herausgabe der Ausweisarten beschloffen, damit soll die Säumigkeit der gewählten Beisitzer kontrolliert werden.

Auch wurde die Rechtsprechung in verschiedenen Punkten kritisiert.

Gegen 10 1/2 Uhr schloß Genosse Hänster die sehr anregende Sitzung.

Die Reaktion gegen deutsche Dichtung.

Gelegentlich der Beratungen über die Erhaltung der Breslauer Oper wurde des öfteren und besonders scharf umrissen von Oberbürgermeister Dr. Wagner erklärt, daß die Erhaltung eines deutschen Kunstmuseums nicht nur eine lokale Angelegenheit sei, sondern eine Aufgabe und Pflicht des deutschen Reiches. Breslau als deutsches Volkswort im Osten muß es ermöglicht sein, deutsche Kunst zu pflegen. Kürzlich galt es, dem größten lebenden deutschen Dichter, Gerhart Hauptmann, eine Ehrung zu seinem 60. Geburtstag zu bereiten. Abgesehen davon, daß Hauptmann Schöpfer ist und schon aus diesem Grunde seine Ehrung durch Festspiele in der Hauptstadt seiner Heimatprovinz eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre, es gab auch keine bessere Gelegenheit, deutscher Kunst im Osten zu dienen, als durch die Aufführung dieses großen deutschen Dichters. Aber es paßt den Reaktionen nicht. Diefelben Herren, die sich 1918 hinter den Kronprinzen stellten, um sein Festspiel zu hintertreiben, lehnen jetzt unter lächerlichen Ausflüchten die Bewilligung von ganzen 100 000 Mk. für die Festspiele ab. Dieser deutsche Dichter, der die „Weber“ und den „Florian Geyer“ schrieb, paßt ihnen in seiner Wahrheitsliebe und Zeiterkenntnis nicht. Sie haben mit ihrer Ablehnung Breslau keinen Dienst geleistet. Ihre Rücksichtslosigkeit heißt Breslau überhaupt in ganz Deutschland bloß.

So schreibt die „Voll. Ztg.“: „Der Ernst der Zeit verzehrt den Deutschen Gedächtnispaße jeder Art, und die Zeit sorgt gewiss dafür, auch den Widerstreben diesen Ernst beizubringen. Die Ehrung unserer Künstler aber gehört nicht, wie der schlesische Provinziallandtag zu meinen scheint, zu den verpönten Ausschweifungen der Genußsucht. Es wäre hübsch, wenn der Reichspräsident in dieser Notlage die Bestimmung durch die Tat bewährte, die er jüngst so beredt in den Franzfurter Goethe-Tagen ausgesprochen hat. Gerhart Hauptmann muß am 60. Geburtstag geehrt werden. Aber es muß freilich nicht in Breslau sein.“ Und der „Berl. Börsen-Courier“ wird noch deutlicher, wenn er schreibt: „Zu der Entschädigung des schlesischen Provinziallandtages kann man nur den Kopf schütteln und die mit 100 000 Mark geizenden Mitglieder des schlesischen Landtages zweierlei verurteilen: Erstens ist Gerhart Hauptmann nicht bloß schlesischer, sondern ein bedeutender deutscher Dichter, und zweitens vertragen sich Hauptmanns Werke mit dem Ernst der Zeit ausgezeichnet. Vielleicht verwechseln sie ein paar Herren mit dem Sechstagerknecht. Im übrigen wird es nicht allzu schwer sein, für Breslau in Deutschland einen Ersatz zu finden. Schließlich hat man auch in Berlin für die Angelegenheit Interesse.“

Diese reaktionären Herrschaften haben mit ihrer erbärmlichen Rücksichtslosigkeit einen Schlag gegen Breslau geführt, der schwersten Schaden bedeutet und ihnen nicht vergessen sein soll. Vielleicht rafft sich schließlich die Stadt auf und macht gut, was hier überhand genommen hat. Dieser Schandfleck, den kulturfeindliche bornierte Reaktionen Breslau zugefügt haben, muß unbedingt getilgt werden.

Breslaus Fürsorgestellen für Mutter und Kind.

Anstalten, in denen auch werdende Mütter und möglichst schon zwei bis drei Monate vor der Niederkunft aufgenommen werden könnten, gibt es überall leider noch sehr wenige. Und doch ist die Fürsorge für diese Frauen gerade sehr wichtig und notwendig. Viele Mädchen, die beim Bekanntwerden der Schwangerschaft aus dem Elternhause vertrieben werden, meistens auch Brot und Arbeit verlieren, werden nun aus Not der Prostitution in die Arme getrieben und verkommen dann vollständig. Vieles könnte hier wieder gut gemacht werden, wenn wir über diese Frauen nicht den Stab brechen, sondern sich ihrer rechtzeitig annehmen würden. Gewiß ist heute schon Vieles auf diesem Gebiete besser geworden, aber all die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus. Neben der staatlichen und kommunalen Hilfe müßte hier auch private Hilfe in reichem Maße einfließen, und gerade diese läßt aber viel zu wünschen übrig. Noch gibt es viele Kreise, die ein Vorurteil gegen die uneheliche Mutter haben und sich nicht scheuen, diese als eine Erscheinung zu betrachten, die eigentlich nur in den uneren Schichten des Volkes zu finden sei. Bei diesen Behauptungen läßt man sich auf die Tatsache, daß in den Entbindungsanstalten und Heimen doch meistens Arbeiterinnen, Hausangestellte und auch Kantoristinnen Aufnahme finden und daß natürlich in diesen Kreisen die meisten unehelichen Kinder geboren werden. Es wird dabei nur eins, und das ist die Hauptsache, übersehen, nämlich, daß den bemittelten Schichten ganz andere Mittel zur Verfügung stehen, um einer Schwangerschaft vorzubeugen oder die Folgen eines Fehltritts rechtzeitig zu verheimlichen. Die sexuellen Triebe sind bei normalen Menschen der unteren oder oberen Schichten an und für sich die gleichen, und stillig geistige Menschen finden sich hier und dort. Es wirkt sich hier nur die Frage aus, warum soll zwischen Frauen, die einmal der Reue überlegen sind, bei der moralischen Verantwortung nur deshalb ein Unterschied gemacht werden, weil den einen mehr als den anderen, die Möglichkeit geboten ist, die Folge zu verheimlichen, nur vor der Welt als rein zu erscheinen. Es wäre nun wirklich Zeit, der auch auf diesem Gebiete herrschenden dualistischen Auffassung des Kapitalismus ein Ende zu machen. Das bevölkerungspolitische Interesse erheischt auch eine Aufzucht von geistig und körperlich gesunden Kindern; dies kann nur erreicht werden, durch einen wirksamen Mutter- und Säuglingschutz in gleichem Maße für eheliche wie uneheliche Kinder. Wo aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen und anderen Gründen die Geburt eines neuen Menschen unerwünscht ist, müßte die Anwendung von Vorbeugungsmaßnahmen und die Anschaffung der diesem Zweck dienenden Mittel gesetzlich gestattet sein. Dieser Vorbehalt, aber gutes Menschenmaterial.

In allen Fürsorgestellen für Mutter und Kind wird über den Mangel an Pflegekräften geklagt. Insofern die Stadt die Pflegegebühren bereits mehrfach erhöht hat und auch viele Mütter selbst bereit wären, soweit sie dazu in der Lage sind, Pflegegebühren zu zahlen, ist es in den meisten Fällen unmöglich, Pflegestellen für die Kinder zu finden; ganz besondere Schwierigkeiten bereitet es, Mutter und Kind gleichzeitig an einer Stelle unterzubringen. Auch auf dem Lande sind heute die Unterbringungsbedingungen nicht so groß wie dies früher noch der Fall war und selten nur findet die Mutter eine Stellung, wo sie

ihr Kind mitbringen kann. Es ist aber sehr erwünscht, daß Mutter und Kind wenigstens die ersten Monate zusammenbleiben; wenn die Mutter das Kind selbst stillt, dann mindestens bis zum Ende der Stillperiode. Da, wie gesagt, die Unterbringung der Kinder heute so große Schwierigkeiten bereitet, bleiben die Mütter mit ihren Kindern länger in den Heimen, als dies eigentlich vorgezogen ist, und diese sind daher meist überfüllt.

Dies ist auch in dem seit zwei Jahren städtischen, früher kaiserlichen Wöchnerinnenheim auf der Gräblicher Straße der Fall. Es war früher, als es noch kaiserliches Wöchnerinnenheim hieß, zur Aufnahme von ehelichen Müttern bestimmt; heute beherbergt es, mit einer einzigen Ausnahme, nur uneheliche Mütter. Es ist merkwürdig, daß seit der Übernahme durch die Stadt die früheren Mitglieder es abgelehnt haben, Sommerbeiträge zu leisten. Sollte der Fortfall des Wortes „kaiserlich“ ihnen Mißfallen verursacht haben? Dann wäre dies auch ein Zeichen der Zeit.

Augenblicklich sind in den besten, freundlichen Räumen des schon gelegenen Heims 39 Mütter mit ihren Kindern und eine Schwangere untergebracht. Die ersten zwei Wochen nach der Geburt bringen sie in der Klinik zu, im Heim bleiben sie jetzt gewöhnlich drei bis fünf Monate. Ein Flüchtling aus Roslau war fast ein Jahr im Heim. Aufgenommen werden Frauen, welche der armenrechtlichen Wohlfahrtspflege unterliegen. Sie werden meist vom städtischen Säuglingsheim der Anstalt überwiesen. Mütter und Beiden werden vom Heim zur Verfügung gestellt. Es ist den Müttern Gelegenheit gegeben, soweit ihr Gesundheitszustand es zuläßt, sich durch leichte Arbeiten kleine Einnahmen zu verschaffen! Das Heim ist zum Teil voll besetzt. Daß die Breslauer Anstalten heute alle überfüllt sind, liegt zum großen Teil daran, daß in der Provinz viele dieser Anstalten geschlossen wurden. Alles strömt nun hierher. Es wäre daher im Interesse der Entlastung des Breslauer Stadtjardens dringend zu wünschen, daß die Provinz größere Zuschüsse zu den Betriebskosten der hiesigen Anstalten gewährt.

Als wesentliche Ursache des Pflegestellenmangels bezeichnet der Primärarzt Dr. Freund die Wohnungsnot. Alleinlebende Frauen in Ein- oder Zweizimmerwohnungen, den früheren Typus der Pflegefrauen, gibt es in den in Betracht kommenden Kreisen nicht mehr. Wenn die herangezogenen Kinder beiraufen, bleiben die jungen Ehepaare meist im elterlichen Haushalt. Die Vergrößerung der Haushaltungen erhöht die Hausarbeit der Hausfrau, die sich dann der Kinderpflege nicht mehr widmen kann. Dazu kommt der Mangel an Lagerstätten, Bettenrichtungen und Wäsche für kleine Kinder. Von einer bedeutenden Kostgelderhöhung verpricht sich Dr. Freund nach den bisherigen Erfahrungen auch nicht viel, weil dadurch die Hauptursache des Pflegestellenmangels, die Wohnungsnot, nicht beseitigt werden würde. Der einzige Ausweg wäre, Einrichtungen der geschlossenen Säuglingsfürsorge in vermehrtem Umfang verfügbar zu machen. Uneheliche Verhältnisse haben sich auch in anderen Großstädten herausgebildet und auch dazu gezwungen, in vermehrtem Maße und im gewissen Gegenstoß zu früher geübten Grundfragen auf die geschlossene Anstaltspflege von Säuglingen zurückzugreifen.

Heute Sonnenfinsternis.

Heute findet eine ringförmige Sonnenfinsternis statt, die auch in Europa als partielle Bedeckung des Tagesgestirns sichtbar in Erscheinung tritt. Die Ringförmigkeit hat ihre Ursache darin, daß zur Zeit der Finsternis der Mond, der ja dabei die Sonne bedeckt, beinahe in Erdferne steht, wodurch seine Scheibe kleiner als die Sonne erscheint. In Deutschland, der Schweiz und in Osterrreich wird höchstens ein Drittel der Sonnenoberfläche bedeckt werden. Die Finsternis beginnt ungefähr um 2 1/2 Uhr nachmittags. Bei bedecktem Himmel wird sich die Verfinsternung nur durch eine ganz geringe, kaum merkbare Abnahme der Tageshelligkeit fühlbar machen; bei klarem Wetter allerdings ist die Beobachtung des Phänomens auch für den Laien lohnend. Es muß jedoch davor gewarnt werden, auch nur für einen Moment mit ungeachtetem Auge in die Sonne zu blicken, da dadurch die schwersten Sehstörungen, ja sogar Erblindung hervorgerufen werden.

Vom Arbeiter-Bildungsausschuss.

Nächste Vorstellung der freien Volkshöhne.

Am Freitag, den 7. April, wird im Rahmen unserer Volkshöhne im Lohetheater „Der Mob“ aufgeführt. Drama in 4 Akten von dem Engländer John Galsworthy.

Diese Tragödie Stephan Moors, des unentwegten Pazifisten, der es als einziger Abgeordneter wagt, gegen den Krieg zu sprechen, als imperialistischer Kriegsaunel, von der Regierung geschürt, das ganze Volk ergriffen hat, ist für uns alle von allergrößtem Interesse.

Gutscheine für den Einzelpfad zum Preise von 8 Mk. für den Doppelpfad zu 16 Mark, werden am Donnerstag, den 30. d. Mts., abends 7-8 Uhr, im Zimmer 36 des Gewerkschaftshauses ausgegeben.

Anfängerkursus in Deutsch und Rechnen.

Zu dem Anfängerkursus in Deutsch und Rechnen Donnerstags, von 7-9 Uhr, in der katholischen Realschule, Nikolaitadigraben 20, können noch einige Teilnehmer aufgenommen werden. Meldungen in der Schule vor Beginn der ersten Stunde.

Was uns fehlt!

Den weitaus meisten Zeitgenossen fehlt für die schnelllebigen Erscheinungen der Zeit der notwendige Blick. Es gibt eine leichte und zugleich angenehme, nützliche Art sich diesen Blick zu verschaffen.

Im Sommer nützt der moderne Mensch die Freizeit zu erfrischenden Wanderungen oder in sportlicher Betätigung. Jetzt aber ist Zeit und Gelegenheit, sein heutiges Können zu erweitern.

Die erste und beste Anregung hierzu ist das Erlernen einer fremden Sprache. Viele Arbeiter haben den hohen Wert dieser Betätigung schon anerkannt. Viele aber wissen noch nicht die billigen Gelegenheiten hierzu. Der Bildungsausschuss bietet solche, indem er am Donnerstag, den 30. März, abends 7 1/2 Uhr Annehmungen für Englisch, den 31. März, abends 7 1/2 Uhr für Französisch im Zimmer 36 der Kath. Realschule, Am Nikolaitadigraben 18, entgegennimmt. Es sind noch viele Plätze frei.

Vom Poseidon-Volksbad.

Der Bau eines Volks-Schwimmbades durch den Schwimmverein Poseidon Breslau G. V. nimmt greifbare Gestalt an. Die bisher noch schwierige Platzfrage hat in Verhandlungen mit der Oberstrombauverwaltung eine günstige Lösung gefunden. Ein ausgezeichnetes Terrain, für das auch die Bauverwaltung erteilt wird, ist gefunden worden. Die Beschaffung des Baukapitals geht gleichfalls in erfreulicher Weise vorwärts. Es ist das Bestreben des Vereins ein möglichst großes, eigenes, das heißt nicht der Bezahlung unterliegendes Kapital zu beschaffen. Durch die eingeleitete Sammlung, durch Beihilfen der Gewerkschaften und anderer Körperschaften, sowie aus Spenden der Breslauer Handels- und Industriefirmen, die erkannt haben, daß gesunde Arbeitsträfte auch ihnen Vorteil bringen, will der Verein einen Fonds bilden, der gleichsam als Dauerinvestitions-Zuschuß wirkt und eine übermäßige Belastung der gemeinnützigen

Unternehmens verhindert. Die städtischen und kantonalen Behörden haben ebenfalls Beihilfen in Aussicht gestellt.

Die Sammlung in der Arbeiterschaft verpricht einen guten Erfolg. Alle bis jetzt zurückgelagerten Listen zeigen davon, daß die Arbeiterschimmer mit ihren Bestrebungen Verständnis gefunden haben. In allen Betrieben, Altos usw., wohin bis jetzt noch keine Sammelliste gelangt ist, wolle man solche verlangen von den Mitgliedern des „Poseidon“ oder direkt von Fritz Hoffmann, Breslau 9, Wabersstraße 67, 4. Etage. Jeder Arbeiter und Angestellte sollte wenigstens 1 Mark übrig haben dafür, daß im kommenden Sommer nicht bloß Hunderte, wie im Vorjahre, sondern Tausende Schwimmmunterricht erhalten können. Die Gewerkschaften haben namhafte Beiträge bereits bewilligt, oder sind es im Begriff zu tun. Auch in Handels- und Industrie-Kreisen hat unsere Bitte ein Echo gefunden, wie die Eingänge auf unserem Konto bei der Städtischen Bank Nr. 35673 beweisen. Wir hoffen, daß auch die Firmen, denen keine besondere Bitte zugegangen ist, ihr Interesse an der Gefunderhaltung unseres Volkes, durch Ueberweisung eines Beitrages auf das vorstehend angegebene Konto kund tun werden. Nach Abschluß der Sammlung wird über alle Spenden an dieser Stelle Mitteilung gegeben werden.

Den Dank des Vereins für die Unterstützung wollen alle Spender in der dem Gemeinwohl und der Hebung der Volksgesundheit dienenden Tätigkeit erblicken, die in der etagen Anstalt in viel größerem Ausmaß geleistet werden wird, als dies bisher möglich war.

Die neuen Schulgebühren.

Nachdem der Magistrat dem abgeänderten Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung in seiner letzten Sitzung beigetreten ist, werden nunmehr vom 1. April d. J. ab an den städtischen Schulen folgende Schulgebühren erhoben:

In den höheren Schulen: Für Einheitsgebühren für das erste Kind 1000 Mk., für das zweite Kind 800 Mk., für das dritte und jedes weitere Kind 600 Mk., für Auswärtige 1200 Mk., für Ausländer 4000 Mk. In den Mittelschulen: für Einheitsgebühren für das erste Kind 600 Mk., für das zweite Kind 400 Mk., für das dritte und jedes weitere Kind 300 Mk., für Auswärtige 600 Mk., für Ausländer 2000 Mk. Deutsche aus den abgetretenen Gebieten sind, auch wenn sie nicht deutsche Staatsangehörige sind, wie auswärtige Deutsche zu behandeln.

* Leeres Diebesabenteuer. Ein Ingenieur von der Schweidnitzer Straße nahm in der Nacht zum 28. März ein Mädchen in seine Wohnung mit und schloß dann so fest ein, daß er nichts davon fürchte, daß ihm die Freundin die Briefschätze mit 1200 Mk. und eine Tulenadel für 1500 Mk. raubte und damit verschwand. Er mußte am andern Tage die Polizei verständigen und bisher sucht man nach der Diebin und ihrer Beute noch vergebens.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Dienstag, 7 1/2 Uhr: „Cavalleria rusticana“ mit den Damen Dannenberg, Gajewska, Marquardt und den Herren Dimano, Rudom; hierauf: „Der Bajazzo“ mit Frau Polkner und den Herren Hauschild, Hahberg, Maier, Raif, Wittwoch; „Der Barbier von Sevilla“.

Bereitigte Theater. Heute Dienstag wird „Der grüne Katalan“ und Georg Kaisers „Protagonist“ für Serie E der Kunstgemeinde wiederholt (Karten sind im freien Verkauf noch erhältlich). Mittwoch, „Kadale und Liebe“.

Im Thalia-Theater beherrscht „Biff Grün“ den Spielplan. Am Freitag findet die Schaufführung von „Raub der Sabinerinnen“ mit Jacob Trebits als Strielie statt. Der Vorverkauf für das Gastspiel Tichite hat an der Theaterkasse und den Vorderausstellungen von Gehr. Barusch und Zigarettengeschäft Hermann bereits begonnen.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute und täglich die mit durchschlagendem Erfolg aufgenommene Operette „Der König ins Glück“. Sonntag nachmittags „Die Frau im Femele“.

